

»» E-Governance: Barrieren zwischen Behörden und BürgerInnen abbauen

Nr. 14, 04. September 2019



Autorin: Marie Mittel
Redaktion: Nadine Kuch

E-Governance im Aufschwung

Digitale Anwendungen gewinnen für staatliche Institutionen stetig an Relevanz – auch in Entwicklungsländern. Alle 193 UN-Mitgliedsstaaten verfügen über mindestens eine öffentlich zugängliche Website. Online-Auftritte und zugehörige digitale Anwendungen mit Schnittstellenfunktion zwischen staatlicher Verwaltung und Bevölkerung werden unter dem Sammelbegriff der E-Governance zusammengefasst.

Nahbare Regierung und Verwaltung durch Digitalisierung

E-Governance zielt darauf ab, Barrieren zwischen Behörden und BürgerInnen abzubauen. Informationen bezüglich staatlicher Organisation, aber auch zu behördlichen Dienstleistungen (bspw. Geburtsurkunden, Steuerzahlungen oder Gewerbebeanmeldungen) können einfacher bereitgestellt werden. Insbesondere BewohnerInnen ländlicher Gebiete können von digitalen Anwendungen profitieren, sind diese doch leichter zugänglich als ein weit entfernter Verwaltungssitz. Dies gilt aufgrund der oftmals mangelhaften Transportinfrastruktur vor allem in Entwicklungsländern.

Durch die digitale Einbindung von BürgerInnen stärkt E-Governance demokratische Grundsätze wie Transparenz sowie Partizipation und kann das Vertrauen in die Regierung fördern. Das „two-way-sharing-Prinzip“ ermöglicht NutzerInnen, Anregungen und Kritik direkt an Behörden zu richten. Institutionen können so nicht nur Informationen bereitstellen, sondern auch unmittelbar mit der Bevölkerung in Kontakt treten.

E-Governance wird wichtiger – Afrika mit Aufholpotenzial

Bezüglich der globalen Entwicklungen von E-Governance wird die „United Na-

tions E-Government Survey“ im Zweijahres-Rhythmus publiziert. Hierin werden sowohl der Stand des Zuganges als auch die Umsetzung von E-Governance weltweit untersucht. Der daraus resultierende Electronic Government Development Index (EGDI) ermöglicht einen umfassenden Vergleich. Der Index bewertet anhand einer viergliedrigen Skala die Themenbereiche Telekommunikationsinfrastruktur, Humankapital und Onlinedienstleistungen.

Tatsächlich wurden 2018 deutlich über die Hälfte aller UN-Mitgliedsstaaten gemäß des Index als erfolgreich bewertet. Lediglich 16 von 193 Staaten wurden der niedrigsten Kategorie zugeordnet (2016: 32 von 193 Staaten). Hier ergaben sich daher deutliche Verbesserungen. Auffallend ist, dass sich 14 der 16 Staaten in Afrika befinden. Tendenziell liegen afrikanische Staaten in der Entwicklung von E-Governance somit zurück.

Insgesamt haben sich gemäß des EGDI besonders Umfang und Qualität behördlicher Onlineangebote sehr positiv entwickelt. Denn im globalen Durchschnitt wurden Onlinedienstleistungen um 40 % besser bewertet als 2014. Zwar liegen auch hier mehrheitlich afrikanische Staaten im Rückstand, doch konnten 57 % der Staaten ihre Position verbessern.

Zukunft von E-Governance: leaving no one behind

Um die Potenziale digitaler Teilhabe auch für die Bevölkerung in Entwicklungsländern zu realisieren, bedarf es einer durchdachten Umsetzung digitaler Systeme. Denn mitunter besteht das Risiko, vorhandene Ungleichheiten zu verstärken und einzelne Bevölkerungsgruppen faktisch von den Chancen der

E-Governance auszuschließen.

Eine der größten Hürden der Digitalisierung – insbesondere in Entwicklungsländern – besteht in der noch immer weitverbreiteten „E-illiteracy“, also der unzureichenden Fähigkeit, mit digitalen Geräten und Anwendungen umzugehen. Zudem verfügt nur etwas mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung über Zugang zum Internet. Der Netzausbau sowie die Vermittlung von Anwenderkenntnissen – besonders an ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie ärmere oder in ländlichen Regionen lebende Menschen – sind daher eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Vorteile von E-Governance breiten Bevölkerungsschichten zu Gute kommen.

E-Governance besitzt jedoch nicht nur große Potenziale, sondern schafft auch zusätzliche Möglichkeiten für Datenmissbrauch. Insbesondere in repressiven politischen Regimen kann der Einsatz digitaler Technologien zu einer stärkeren Überwachung oder Manipulation der BürgerInnen führen, statt ihnen mehr Möglichkeiten zu bieten. In Projekten zur Förderung von E-Governance ist daher die Sicherstellung internationaler Standards des Datenschutzes und der Cybersecurity unabdingbar.

Fazit

Der EGD-Index zeigt auf, dass Staaten weltweit bemüht sind, ihre Onlinepräsenz auszubauen. Handlungsbedarf besteht hier vor allem in der Unterstützung afrikanischer Staaten. Dazu bedarf es vor allem der Ausweitung digitaler Infrastruktur, der Verbreitung von Anwenderkenntnissen sowie der Einhaltung internationaler Datenschutz- und Cybersecurity-Standards. E-Governance darf schließlich keinesfalls Disparitäten innerhalb von Gesellschaften verstärken. ■